

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 431 25. März 2009

15. Jahrgang

Wer ist Emeterio Pérez?

Und weshalb es die Goldcorp Inc. Shareholder und Investoren wissen sollten

Der folgende Bericht von Grahame Russel, Co-Direktor der US-amerikanisch-kanadischen Menschenrechtsorganisation *Rights Action*, wurde im Januar 2009 verfasst und beschreibt die Auswirkungen des Bergbauunternehmens *Marlin* auf die Gesundheit der Bevölkerung in San Miguel Ixtahuacán und Umgebung. *Rights Action* begleitet seit Jahren kritisch die Machenschaften des kanadischen Bergbauunternehmens und organisiert regelmässig Studienreisen nach Guatemala. In Kanada ist die Organisation in der politischen Lobbyarbeit tätig. (www.rightsaction.com)

Ich traf Emeterio Pérez zum ersten Mal im Mai 2008. Der 70jährige Maya-Mann lebt mit seiner Frau und seiner zahlreichen Familie in einem kleinen Haus in San José Ixcanique. Sein winziges Stück Land grenzt an die Mine *Marlin* von *Goldcorp Inc.* Er lebte sein ganzes Leben lang schon dort, vor ihm seine Eltern.

Am 28. Januar 2009 traf ich Emeterio wieder. Er sah mehr als acht Monate älter aus seit unserem letzten Treffen im Mai. Seine Tage verbringt er auf einem Stuhl sitzend, mit Schmerzen und zu schwach, um aufzustehen und herumzugehen.

Im Mai 2008 war ich mit einer Gruppe Studierender von der *Universität Northern British Colombia* hier, die herkamen, um Interviews zu führen mit Leuten, deren Rechte und Leben vom *Goldcorp* Bergbauprojekt beeinträchtigt wird. Die Mine arbeitet im Tagebau mit der Blausäure Zyanid und breitet sich kontinuierlich aus.

San José Ixcanique ist ein Maya-Dorf, das der Mine im Weg liegt. Wasserquellen und kleine Bäche sind längst austrocknet. Der Staub aus der Mine ist omnipräsent, Lastwagen dröhnen den ganzen Tag vorbei. Die Erde bebzt, wenn *Goldcorp* Steine und Felsen sprengt. Hunderte von Lehm-Häusern haben Risse bekommen.

Im Mai erzählte uns Emeterio, dass das Unternehmen Ende der 90er Jahre und Anfang 2000 seine Familie unter Druck gesetzt hat, ihr Land Stück für Stück zu verkaufen. Den BäuerInnen in der Gegend wurde erzählt, dass die Regierung sie umsiedeln würde, wenn sie ihr Land nicht freiwillig verkaufen. Es ist ein Einfaches, die sich vom Schrecken der Staatsrepression der vergangenen 40 Jahre erholende verarmte Landbevölkerung so einzuschüchtern, dass sie ihr Land verkaufen. Die Regierung hat sie noch nie geschützt bzw. ihre Rechte oder ihr Wohlergehen verteidigt.

Emeterio liess sich nicht vertreiben. Mit dem Geld, das er für sein Stück Land erhielt, kaufte er ein neues, kleineres. Die letzten fünf Jahre verbrachte er damit, für seine Frau zu sorgen. Als sie ihr Land verkauften, erlitt sie eine Art Schlaganfall. Sie lebt seither von Schmerzen gekrümmt, ihre Hände zittern. In den vergangenen Jahren kamen Hautausschläge dazu,

unter denen eine zunehmende Zahl von älteren Leuten, Kindern und Neugeborenen leiden, die in der Nähe der Mine leben.

Ob von den Abfallprodukten des Zyanids und anderen Chemikalien, die zur Trennung von Gold und Silber von der Erde und dem Gestein gebraucht werden, oder von den Schwermetallen wie Quecksilber, Arsen oder Blei - die Bevölkerung ist sich sicher, dass ihre Erkrankungen die Folge der Verschmutzung von Luft und Wasser sind, welche die Mine produziert.

In den letzten Jahren hat Emeterio den grössten Teil seiner Zeit und seines Geldes für die Gesundheit seiner Frau ausgegeben. So wie allen Menschen, die weltweit unter Minen-spezifischen Hauterkrankungen leiden, wurden auch ihr, wenn überhaupt, von den ÄrztInnen bloss Hautcrèmes oder Antibiotika verschrieben. Das hat nichts genützt, denn die Hautprobleme sind die Folge einer Blutvergiftung.

Bevor wir Emeterio im Januar 2009 besuchten, warnte man mich, dass nun auch er unter Hautausschlägen litt. Im letzten Mai war er noch ein gesunder, starker Mann, angetrieben vom Ärger über die Anwesenheit und die Tätigkeit der Mine. Ich war nicht vorbereitet auf den Emeterio, den ich antraf: einen alten, schwachen Mann. Er erzählte unserer Gruppe stockend und weinend, wie seine Hautprobleme begannen. Zuerst die Schmerzen in seinen angeschwollenen Füessen, später dehnten sie sich auf die Beine und über den ganzen Körper aus. Zuletzt begann auch sein Bauch anzuschwellen. Er zeigte uns seine Arme, seine Schultern, seinen Oberkörper. Alles war von Hautausschlägen überdeckt und angeschwollen.

Erhielt er medizinische Versorgung? Emeterio ging mit seinem Sohn zur *Goldcorp* Gesundheitsklinik. Sein Sohn arbeitet als Teilzeitarbeiter in der Instandhaltung der Strassen, die von der Mine gebaut und benutzt werden. Emeterio bekam keine Behandlung, man schlug ihm vor, ins Spital nach Huehuetenango zu gehen. 2000 Quetzales später (ca. 250 US-\$) verlief auch der Besuch in Huehuetenango.

go erfolglos. Man verkaufte ihm Crème und Antibiotika, die nichts halfen, ja: nichts helfen konnten. Nun sitzt er zuhause, ein gebrochener Mann, dem Tod geweiht. Ein Mann seines Dorfes ist mit denselben Symptomen bereits gestorben.

Bei rund 20 Interviews, die zwischen Dezember 2008 und Januar 2009 von Mitgliedern von *Rights Action* gemacht wurden, konnte festgestellt werden, dass die BewohnerInnen von San Miguel Ixtahuacán an Hautausschlägen, Juckreizen, Haarausfall und anderen ge-

sundheitlichen Problemen leiden, die sie nicht hatten, bevor *Goldcorp* im Jahr 2004 mit dem Bergtagbau in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft begann. Von den interviewten Personen haben mehr als 60 Prozent mindestens ein Familienmitglied, das seit 2007 an gesundheitlichen Problemen leidet. Mit der Problematik konfrontiert, erklären die Verantwortlichen von *Goldcorp*, dass die Gesundheitsprobleme der Bevölkerung auf mangelnde Hygiene und Wassermangel zurückzuführen sei, was angesichts der Tatsache, dass das Unternehmen 250'000

Liter Wasser pro Stunde braucht und für das Austrocknen von Quellen und Flüssen verantwortlich ist, mehr als zynisch anmutet. Die Hautausschläge seien die Folge von Mücken- und Flohstichen. Die Bevölkerung ihrerseits betont, dass sie sehr wohl zwischen Windpocken, Flohstichen und den aktuellen Hautausschlägen unterscheiden könne. Unterdessen sind auch die ersten Säuglinge gestorben - offiziell ist die Todesursache unbekannt, jedoch litten sie unter starken Ausschlägen und offenen Kratzwunden.

Im November 2008 unterzeichneten 140 Einzelpersonen und Organisationen einen 14seitigen Bericht (http://www.rightsaction.org/urgent_com/Canada_Goldcorp_Guate_111208.html), der an die neue kanadische Botschafterin in Guatemala, Leeann McKechnie, geschickt wurde. Im Folgenden eine Kurzfassung:

"Das guatemaltekische *Ministerium für Energie und Minen* vergab im November 2003 an die Firma *Glamis Gold* eine Lizenz, um im *Marlin*-Projekt in San Marcos im Tagebau und unter Einsatz von Zyanid Gold abzubauen. Diese Lizenzvergabe verletzte gemäss dem Artikel 169 der ILO-Konvention die Mitbestimmungsrechte der dort lebenden Maya-Bevölkerung. *Goldcorp* und seine Shareholder profitieren von diesem rechtlichen Vakuum.

Die Konsequenzen dieser fundamentalen und weiterhin bestehenden Menschenrechtsverletzungen sind:

Stillstehende Entwicklung: Bevor *Goldcorp* in die Gegend kam, war die dort lebende Mayabevölkerung bereits geschwächt durch chronische Armut und das Erbe des bewaffneten Konflikts. Das westliche Hochland Guatemalas war während der 80er Jahre stark vom Krieg gebeutelt. *Goldcorp* nützte diese Schwäche aus und beraubte die betroffenen Gemeinden der Möglichkeit, sich in ihrem eigenen Tempo und mittels ihrer eigenen Mechanismen zu erholen und ihre Organisationen und Führungspersönlichkeiten zu stärken, so wie es die Friedensabkommen von 1996 festhalten.

In Verletzung von Wort und Geist dieser Abkommen offerierte *Goldcorp* individuelle Angebote (Arbeit und Land) statt kollektive Entscheidungsfindung, privatisierte soziale Hilfe statt öffentliche und kollektive Aneignung eines Entwicklungsprozesses.

Grosse Risiken: Die Einflüsse auf die Umwelt, Gesundheit, das soziale und kulturelle Leben durch das *Marlin*-Projekt wurden nicht offengelegt und deshalb von der lokalen Bevölkerung nicht wahrgenommen, bevor *Goldcorps* Vorgänger *Glamis Gold Inc.* im Jahr 2003 die Nutzungslizenz erteilt wurde. Unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfungen haben die hohen Risiken aufgezeigt, welche die Goldgewinnung durch Zyanidbäder bedeuten. Unabhängig davon und nur am Profit der Mine interessiert, konnten die Öffentlichkeitskampagnen von *Glamis Gold Inc.* die Glaubwürdigkeit nicht erhöhen, die durch eine falsche Politik des Staates verspielt wurde: Die Konsultation der indigenen Bevölkerung, um mit ihnen Bedingungen auszuhandeln, unter denen sie eine Präsenz des Minenunternehmens akzeptieren würden.

Konflikt und Kriminalisierung des Widerstands: Die Gemeinden und Familien sind gespalten. Arme Haushalte, Männer und Frauen, die von der Hand in den Mund leben, werden von den Sicherheitskräften des Minenunternehmens eingeschüchert. Die Polizeipräsenz und die damit einhergehende Gewalt erinnern an die Zeiten des internen bewaffneten Konflikts.

Nur eine gut gemeinte Suspendierung aller Tätigkeiten, gefolgt von Massnahmen in Übereinstimmung mit der guatemaltekischen Verfassung und internationalen Verpflichtungen, könnte aus der bestehenden Pattsituation führen. Scheitert dies, werden weitere Gewalttaten riskiert. Die Verfolgung von ganzen Maya-Gemeinden ist ein Anzeichen von staatlicher Kriminalisierung von Gemeindevieterstand und dem Kampf um die kommunalen Rechte."

Dieser Bericht wurde der kanadischen Botschafterin überreicht, da dieses Land von Ottawa bis zur Botschaft in Guatemala ein unhinterfragter Unterstützer der kanadischen Minenunternehmen in Guatemala ist. Die Botschaft hat bisher nicht geantwortet.

Am 18. Dezember kam die Botschafterin nach San Miguel Ixtahuacán. Sie besuchte Emeterio Pérez nicht. Soweit wir wissen, hat sie keine die Umwelt, die Gesundheit der Bevölkerung oder die Menschenrechte betreffenden Klagen näher untersucht. Im Zentrum von San Miguel Ixtahuacán, 45 Minuten von Emeterios Haus entfernt, stand sie mit

der guatemaltekischen First Lady und Vertretern von *Goldcorp* und schaute zu, wie diese dem Gemeindepräsidenten von San Miguel einen Scheck überreichte aus Anlass der Auszahlung der 0.5% des Gewinnes von *Goldcorp*, die der Gemeinde zustehen.

Es ist nicht so, dass sich die kanadische Regierung und *Goldcorp* nicht

um die Klagen über Schäden und Menschenrechtsverletzungen kümmerten. Viel schlimmer. Werden sie unter Druck gesetzt, negieren sie jeglichen Wahrheitsgehalt der Reporte, Studien, Artikel und Eilaktionen. Die Mine führt ihre Tätigkeit unter grösstmöglicher Auslastung weiter, befindet sich doch der Goldpreis in einer Höchstpreisphase.

Letzte Chance fürs Waffengesetz?

Guatemala, 22. März. In der Hoffnung, es gebe keine "behaarte Hand", die die Verabschiedung verhindert, steht am 24. März vorerst das letzte Mal das Gesetz über Munition und Waffen auf der Agenda des Kongresses. Seit mehr als einer Dekade fordert die Zivilgesellschaft eine Reform des aktuellen, real ineffektiven Regelwerks. (siehe ¡Fijate! 414) Und seit vier Monaten haben sich die Abgeordneten in Workshops mit dem Thema auseinandergesetzt, am Dienstag stehen die 146 Artikel in dritter Lesung zur Billigung an. Sollte es zu keiner Einigung kommen, wird es wohl ein weiteres Mal dem Archiv zugeführt. Inhaltlich geht es um die Definition der Waffentypen und die Regulierung des Besitzes, des Tragens und des Handels von Waffen und Munition, ein einträgliches Geschäft. Vor allem vor dem als Argument zwiespältigen Hintergrund der herrschenden Gewalt im Land, die die einen als Begründung heranziehen, den Zugang zu Waffen per Gesetz unter Kontrolle zu bringen in der Hoffnung, die Gewalt damit einzudämmen, und die die Gegenseite als Gegenargument nutzt und das Recht auf Selbstverteidigung in den Vordergrund stellt.

In der Kongressinternen Debatte, die seit ihrem Beginn von zahlreichen und wechselnden Einsprüchen und Umformulierungen koloriert ist, ist somit auch die Anschuldigung gegen die GesetzeskritikerInnen nicht tot zu kriegen, dass sie die Interessen von einigen Unternehmern des Waffensektors verteidigten oder gar die von Gruppen des organisierten Verbrechens, dadurch, dass sie unter Heranziehung jeglichen Vorwandes versuchten, die Verabschiedung des Gesetzes zu behindern.

Erschwerend kommt die potentiell taktische Tatsache hinzu, dass längst nicht alle Fraktionen an den Workshops teilgenommen haben und im Moment der Verlesung und eigentlich geplanten Abstimmung monieren, sie würden die in den Arbeitssessionen vorgenommenen Abänderungen nicht kennen.

Ähnlich wie Präsident Alvaro Colom ist auch Kongresspräsident Roberto Alejos optimistisch in Hinblick auf die Abstimmung. "Der Kongress hat vereinbart, eine permanente Sitzung einzuberufen, bis das Gesetz gebilligt ist. Währenddessen kann also nichts anderes thematisiert und behandelt werden. Ich glaube nicht, dass die Opposition oder die Regierungspartei sich trauen werden, zu beantragen, das Thema von der Agenda zu streichen."

Indes hält es Vizekongresspräsident Arístedes Crespo für einen Fehler, die Initiative dem Kongress vorgelegt zu haben, bevor die nötigen Einwilligungen erreicht und eingeholt worden waren: "Damit wird bloss das Image von der Legislative abgenutzt."

Während die Menschenrechtsorganisationen der Zivilgesellschaft die Gesetzesverabschiedung einfordern, erläutert Hans Peter, Repräsentant der *Acción Cívica por Guatemala*, in der die Waffen- und Munitionshändler vereinigt sind, dass dieser Sektor das Gesetz nicht bremsen wolle, jedoch sollten die ehrbaren BürgerInnen darunter nicht zu leiden haben. "Eine Waffe mit nur ei-

ner Kugel kann schon einen Menschen töten. Es kommt also nicht darauf an, wie viele Kugeln erlaubt sind, sondern dass diejenigen tatsächlich bestraft werden, die sie missbrauchen."

Bislang sieht das neue Gesetz in seinem Art. 59 vor, die Anzahl an Munition, die eine Person pro Monat erwerben darf, zu begrenzen. Der zwischen den Fraktionen erreichte Konsens beläuft sich derweil auf 400 Kugeln pro Waffe. Manche Parteien fordern eine niedrigere Angabe, so plädiert die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) auf 100 Kugeln insgesamt pro Person. Denn diese darf laut dem Art. 71 der neuen Gesetzesinitiative höchstens drei Waffen tragen, die mit einem Waffenschein erworben werden können. Gegen diese Beschränkung erheben einige Abgeordnete und Waffenhändler ihre Kritik, anstelle der Einschränkung sei doch die Kontrolle der illegalen Waffen viel wichtiger. Art. 73 sieht vor, dass der Präsident und der Vizepräsident des Landes, die MinisterInnen, RichterInnen, JustizbeamtInnen und ehemalige TrägerInnen dieser Funktionen so viele Waffen tragen können, wie sie wollen, ohne dafür eine Lizenz zu brauchen. Die *Patriotische Partei* hat den Antrag gestellt, diese Privileg zu streichen.

Schliesslich beinhalten die Art. 96 bis 132 die Typifizierung von Straftaten und Verschärfung von Sanktionen. Diese Artikel werden jedoch wohl noch einmal geprüft, da sie "Lücken" enthalten.

Die USA haben's gewusst

Guatemala, 19. März. Washington wusste, dass die guatemalteckischen Autoritäten der höchsten Regierungsebenen hinter dem Verschwinden von rund 45'000 Personen während des internen bewaffneten Konflikts steckten, bestätigte jetzt die US-amerikanischen Organisation *National Security Archive* (NSA) mit Rückgriff auf deklassifizierte Dokumente. Zu diesen gehören diplomatische und Geheimdienstliche Berichte der US-amerikanischen Botschaft in Guatemala für das Staatsdepartement in Washington.

Einer der Forscher der NSA, Jesse Franzblau, berichtet in einem in der Tageszeitung *Prensa Libre* zitierten Telefoninterview, dass die untersuchten Archive Beweise lieferten unter anderem für das Verschwinden von dem Gewerkschafter und Studenten Fernando García durch die *Nationalpolizei* im Februar 1984, in dessen Fall Mitte Februar überraschend zwei ehemalige Mitglieder dieser Institution als Täter verhaftet wurden. Zwei weitere sind identifiziert, jedoch flüchtig. Die Indizien finden sich im Archiv der *Nationalpolizei*, das seit 2006 vom Menschenrechtsprokurat (PDH) analysiert wird.

"Die Dokumente zeigen, dass die Festnahme von García ein politisches Verschwinden war, das von den höchsten Ebenen in der guatemalteckischen Regierung veranlasst wurde", so die NSA in einer Veröffentlichung im Internet. Unter <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB273/index2.htm> sind der Text und Bilder der Dokumente zu finden.

"Die US-amerikanische Botschaft stand in direktem Kontakt mit ihren Verbindungsleuten in der guatemalteckischen Regierung. Ihre Daten hat sie von InformantInnen und Quellen bekommen, aber viele stammten von RegierungsfunktionärInnen", erläutert Franzblau. So ist von dem damaligen US-Botschafter Frederic Chapin in einem der Dokumente zu lesen: "Die Regierung nimmt offenbar Personen mit Verbindungen zur Arbeiterbewegung der extremen Linken fest, um sie zu verhören." In einem weiteren Bericht von 1986 detailliert das für Lateinamerika zuständige Staatsdepartement, wie das Verschwindenlassen unter Putschpräsident Óscar Mejía Víctores (1983-1986) institutionalisiert wurde, während dem im Schnitt 137 Personen pro Monat verschwanden.

¡Fijate!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

E-Mail-Abo: 50,- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

2'000 Mädchen in 280 Bordellen

Guatemala, 20. März. Mitte Februar verabschiedet, Ende letzter Woche in der Regierungsgazette veröffentlicht, wird in vierzehn Tagen nun das Gesetz gegen sexuelle Gewalt, Ausbeutung Menschenhandel in Kraft treten. Damit werden endlich die Produktion und Verbreitung von Kinderpornographie, die sexuelle Ausbeutung von Kindern, die Förderung von Prostitution und eben der Menschenhandel als Delikte in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Doch, so betont auch die Abgeordnete Zury Ríos - Tochter von Efraín Ríos Montt: "Nun müssen die Gerichte ihren Willen zeigen, dieses Gesetz auch anzuwenden, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen. Das Land darf nicht länger ein Paradies dafür sein, diese Verbrechen zu begehen, ohne bestraft zu werden."

Gemäss der neuen Regelung wurde die Definition der Vergewaltigung erweitert und umfasst jetzt auch sexuelle Übergriffe gegen Mädchen und Jungen unter 14 Jahren, auch wenn keine Gewalt angewendet wird. Das Strafmass für die genannten Taten liegen zwischen 8 und 18 Jahren Haft und werden verschärft, wenn sie gegen kranke Personen, Personen mit Behinderung, Senio-

rInnen, und schwangere Frauen verübt werden, oder wenn während der Vergewaltigung Geschlechts- oder andere Krankheiten übertragen werden.

Der Menschenhandel wird zukünftig bestraft mit einer Haftstrafe und zum einen der Zahlung eines Bussgeldes von bis zu 500'000 Quetzales (ca. US-\$ 65'000) sowie der Verpflichtung der Entschädigung an das/ die Opfer.

Im Rahmen der strafrechtlichen Ermittlungen in diesen Verbrechenfällen kann auf die Mechanismen des Gesetzes gegen das Organisierte Verbrechen zurückgegriffen werden und Telefongespräche abgehört und verdeckte Operationen durchgeführt werden.

Das Finanzministerium muss 5 Mio. Quetzales dem neu geschaffenen Sekretariat gegen sexuelle Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel überweisen, von denen ein Entschädigungsfonds für die Opfer eingerichtet werden soll. Auch der Schutz von ZeugInnen ist in dem Gesetz beinhaltet.

Laut Angaben des *Kinderfonds der Vereinten Nationen* (UNICEF) steht der Menschenhandel nach dem Drogen- und dem Waffenhandel an dritter Stelle der Aktivitäten, die dem organisierten

Verbrechen die meisten Einnahmen verschaffen. In Guatemala, so Schätzungen, werden rund 15'000 Minderjährige sexuell ausgebeutet. Laut Angaben verschiedener Organisationen, die zum Thema arbeiten, werden allein in der Hauptstadt mindestens 2'000 Mädchen in mindestens 280 Bordellen, Bars und Massagesalons prostituiert, etwa die Hälfte der Mädchen stammt aus Guatemala, die andere aus dem übrigen Zentralamerika. Die geographische Lage als Durchgangsland und die bislang fehlende Gesetzgebung machten Guatemala besonders attraktiv für diejenigen, die die in vielerlei Hinsicht prekäre Situation der jungen Menschen ausnutzen.

Eine Studie mit dem Titel "Menschenhandel in Guatemala" von der *Vereinigung für Ganzheitliche Gesundheit* (ASI), die dieser Tage veröffentlicht wurde fand heraus, dass etwa 16% der Frauen in Guatemala, die sich prostituieren, dieses im Alter zwischen 12 und 17 Jahren beginnen und meistens von BordellbesitzerInnen und unter Drohungen zur Sex-Arbeit gezwungen oder aber von Familienangehörigen oder Bekannten verkauft oder unter falschen Versprechen in die Prostitution gelockt werden.

Machen Gewaltverbrechen Minderjährige zu Erwachsenen?

Guatemala, 19. März. Gerade noch verabschiedete der Kongress die Resolution, mittels der eine Botschaft anlässlich des Tages gegen Gewalt an Kindern am 13. März entsendet wurde und die zum Nachdenken über die Situation anregen sollte, in der die Jungen und Mädchen angesichts der Gewalt leben, der sich direkt oder indirekt ausgesetzt sind.

Die Initiative dieser Resolution geht zurück auf den Abgeordneten Óscar Córdoba von der *Patriotischen Partei*, der Präsident der Kongresskommission für Minderjährige und Familie ist. Demgemäss werden die Sicherheitskräfte des Staates aufgefordert, mit sofortiger Wirkung Programme und Massnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die darauf ausgerichtet sind, die Gewalt gegen diesen Bevölkerungssektor einzudämmen.

Laut einer Durchsicht der schriftlichen Presse, sind im laufenden Jahr mindestens 107 Minderjährige durch Gewalt zu Tode gekommen, in den meisten Fällen waren Erwachsene direkt dafür verantwortlich. Für José Felipe García Leiter der *Sozialen Bewegung für die Rechte der Kindheit und Jugend* ist diese

Situation Teil einer systematischen Gewalt, die bislang durch die gemeine Delinquenz getarnt wurde, denn der Gebrauch von Schusswaffen dominiert in den meisten dieser Fälle. "Es ist eine gut orchestrierte Situation. Wir haben es mit einer immer grausameren Gewalt zu tun", so García.

Von den 49 im Februar durch Gewalt getöteten Minderjährigen, sind laut Medienberichte 34 Jungen und 15 Mädchen. Von diesen wurden 30 erschossen, zwei wurden zerstückelt, ein Neugeborenes wurde von seiner Mutter erwürgt und sechs starben bei Verkehrsunfällen, bei denen alle FahrerInnenflucht begangen wurde.

Und dann wurde auch schon eine andere, diametral dagegen stehende Facette der Situation der Minderjährigen im öffentlichen Leben präsent: Nämlich die Gewalt, die von Jugendlichen selbst ausgeübt wird. Auslöser für diese heftige Diskussion war eine Schlägerei in einer Jugendstrafanstalt - die in Guatemala stets unter dem irreführenden Begriff der "Korrekturzentren" geführt werden - die Anfang März mutmasslich von älteren, "volljährigen" inhaftierten Jugendbandenmitgliedern provoziert wor-

den war, weil zwei ihrer Führungsleute in ein anderes Gefängnis verlegt worden waren. Zunächst nahmen die Jugendlichen drei ihrer Lehrer und zwei Wächter als Geiseln, schliesslich schlugen sie einen der Lehrer tödlich zusammen, angeblich rissen sie ihm anschliessend Herz und Gedärme aus dem Leib.

Diese Tat, die ihre Vorläufer in den Gefängnissen für Erwachsene hat, sorgte in Guatemala für die Eröffnung zweier Strafgesetzdebatten: Die eine bezieht sich auf die Überlegung, Heranwachsende, die im Jugendknast ihre Volljährigkeit erlangen, mit ihrem 18. Geburtstag in Haftanstalten für Erwachsene zu verlegen, was bislang untersagt war, auch wenn die Häftlinge wegen Mordes einsassen. Die andere, die laut Medienforen auch von der Zivilgesellschaft unterstützt wird, ist der Vorschlag, Jugendliche, die schwere Verbrechen vergehen, strafrechtlich direkt wie Erwachsene zu behandeln.

Selbst die Abgeordnete Nineth Montenegro von der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG), die der Kongresskommission für die Reform des Justizsektors vorsitzt, plädiert dafür, Wege zu finden, die Minderjährigen, die zum Teil

gar die von ihnen begangenen Verbrechen auch gestehen, angemessen zu bestrafen. Dafür müsse jedoch die Verfassung geändert werden, die besagt, dass Minderjährige nicht voll strafbar sind. Diese Gesetzeslücke wird immer offensiver von Gruppen des organisierten Verbrechens und von den Jugendbanden genutzt, indem sie Minderjährige losschicken, um Auftragstaten auszuführen.

Die Fraktionschefin der *Patriotischen Partei* (PP), Roxana Baldetti, hat noch eine krassere Idee: Sie verkündete, dass ihre Partei bereits 2005 einen Gesetzesvorschlag eingereicht habe, der die Bestrafung von Minderjährigen ab einem Alter von 15 Jahren zum Gegenstand habe. Dem Vorschlag nach sei es nicht nötig, gleich die Verfassung zu

ändern. Stattdessen müsse bloss das Bürgerliche Gesetzbuch reformiert werden, denn darin würde die Volljährigkeit definiert. Die patriotische Idee besteht nun darin, für bislang Minderjährige, die ab einem Alter von 15 Jahren ein Verbrechen begehen, die Volljährigkeit und somit die volle Straffälligkeit auf eben 15 Jahre herabzusetzen.

Baldettis Parteikollege Córdoba betrachtet das Problem derweil als ganzheitliches Thema, das vielmehr als Aufgabe der Wiedereingliederung betrachtet werden müsse.

Nichtsdestotrotz schlachten die Kommentaren die Daten der Justiz aus, denen zufolge die Justizprozesse gegen Minderjährige, die in Morde verwickelt sind, von 2007 auf 2008 um 153% gestiegen seien. In anderen Schwerstverbre-

chen wie Totschlag, Vergewaltigung, Drohung, schwerer Raub und Erpressung, sind die Fälle, in denen Jugendliche als Täter vor Gericht erscheinen, ebenfalls, jedoch in geringerem Masse angestiegen. So betitelt Carlos Ajanel seinen Beitrag in der Tageszeitung *Siglo XXI* mit "Mörderkinder". Er ist der Ansicht, dass "die nationale Wirklichkeit [es] verbietet (...), das aktuelle Strafmass beizubehalten: höchstens 2 Jahre für Mörder, Totschläger, Geiselnahmer, Vergewaltiger, etc. die zwischen 13 und 15 Jahren weniger einem Tag alt sind, 6 Jahre Gefängnis höchstens für die, die zwischen 15 und 18 Jahre weniger einem Tag alt sind. Die Strafe muss die Eltern, Familienangehörige oder Kriminellen erreichen, die die Heranwachsenden in diese Art von Aktionen involvieren."

Kein(e) Wasser (- für die) Masse(n)

Guatemala, 13. März. Laut Juan Alfaro, Präsident des *Instituts für Municipale Entwicklung* (Infom), haben 7,5 Mio. Personen - mehr als die Hälfte der Bevölkerung - in Guatemala keinen direkten häuslichen Trinkwasserzugang, sondern bekommen ihr Wasser nur über kommunale Brunnen, vor allem auf dem Land. Um dieses Defizit zu beseitigen brauche es in den nächsten fünf Jahren mehr als 500 Mio. Quetzales jährlich, so Alfaro. Die meisten Wasserkläranlagen sowie die Verteilungsnetze stünden zudem in den meisten der städtischen Gebieten der Verwaltungsbezirke kurz vor dem Kollaps, berichtet der Funktionär. Alfaro wies zudem darauf hin, dass es immer schwieriger wird, Grundwasserquellen per Brunnenbohrung zu orten, da dieses immer tiefer unter der Erdoberfläche liegt. Während seine Vorgänger im Brunnenbau in Escuintla noch in einer Tiefe von 350 Metern fündig wurden, gingen die Bohrungen unter seiner Projektleitung zwischen 2004 und 2008 bereits in Tiefen von 400 Metern.

Wie so oft wird diesem Ausruf eines grundlegenden nationalen Notstandes, der die Mehrheit der vor allem armen Bevölkerung angeht und auf die landesweite und jahrelange Ignoranz der zuständigen Autoritäten zurückzuführen ist, in der allgemeinen Presse nur wenig Platz eingeräumt.

Doch zumindest anlässlich internationaler Jahrestage, wie dem Weltwassertag am 22. März, kommt das Thema dennoch aufs Tapet. Indes, so schreibt die Tageszeitung *Prensa Libre*, 17 Jahre nach Einrichtung dieses Mahntages durch die Vereinten Nationen, ist die Situation in Guatemala weiterhin kritisch und "im Kongress schläft das Wasser-

gesetz den Schlaf der Gerechten".

In der Hauptstadt erhalten 17% der Bevölkerung kein Wasser durch die zuständige Gemeindeverwaltung und versorgen sich selbst "irgendwie". Die übrige Bevölkerung bekommt ihr Trinkwasser frei Haus, aber rationiert, gestehen die Verantwortlichen des *Municipalen Wasserunternehmens* EMPAGUA ein.

Dabei ist die Verschmutzung das Hauptproblem, das dazu führt, dass trotz des grossen Bestandes an natürlichen Wasserquellen, diese nicht direkt nutzbar sind. Diese Situation verschlimmert sich kontinuierlich, da es keine gesetzliche Regelung gibt und die Stadtzentren ihre Abwässer ohne Klärung in die Flüsse und Seen leiten. Wasserproben, die von der Wasserressourcen-Abteilung des Umweltministeriums in den Regionen des Ostens und Westens des Landes durchgeführt wurden, zeigen auf, dass 95% der Quellen von Fäkalien verschmutzt sind, so Enrique Miranda von dieser Abteilung. Dazu kommt, dass 49% der Industrieanlagen im Gebiet der Hauptstadt keinerlei Kontrollen der Nutzwasser durchführen.

Die Zuständigen von EMPAGUA haben derweil vorgeschlagen, eine grosse Wasserleitung zu bauen, um zukünftig die Hauptstadt mit Wasser aus dem Departement Quiché zu versorgen.

Ana Luisa Noguera, Anwältin und ehemalige Direktorin des *Nationalrates der Schutzgebiete* (CONAP) weiss, dass das Fehlen des Wasserzugangs für mehr als die Hälfte der Bevölkerung eindeutig auf die fehlende Gesetzgebung zurückgeht. Es sei dringend nötig, diesbezüglich für Ordnung zu sorgen, denn während die Verfassung anführt, dass die Gewässer öffentliches Gut sind, er-

kennt das Bürgerliche Gesetzbuch den Eigentum von Wasser auf Privatgrundstücken an und der Verwaltungskodex weist den Kommunen das Management dieser Ressource, aber beschränkt auf das Trinkwasser, zu. Kein Wunder also, dass die Konfusion gross ist.

Der Direktor der Umweltorganisation CALAS, Yuri Melini zeigt die Realität des Chaos um das Thema Wasser konkret auf. Zum einen verfügt Guatemala mit dem Zugang zu drei Wassereinzugsgebieten - Pazifik, Atlantik und Golf von Mexiko) über riesige Quellen. Zum anderen wurde kürzlich ein Wasserkabinett als politische Instanz der Exekutive eingerichtet, um das Thema Wasser auf höchster Ebene zu diskutieren. Aktuell arbeitet das *Planungssekretariat* SEGEPLAN an der Entwicklung eines Nationalen Wasserplans, der jedoch vom Umweltministerium weniger gefördert, denn blockiert und verkompliziert werde, so Melini. "Das gesellschaftliche Konfliktpotential wird offensichtlich", schreibt er in einem Kommentar in der Tageszeitung *Diario de Centro América*. "In einer Woche beinhaltete die Presse 27 entsprechende Nachrichten: Anzeigen und Proteste von AnwohnerInnen über den Mangel, die Verschmutzung und die Nicht-Versorgung mit Wasser. Ein Mord wegen einer Diskussion über eine Wasserquellen in Ixchiguán, San Marcos. Ein Waldbrand auf dem Berg Pecul brachte die dortigen Wasserquellen in Gefahr."

Bleibt abzuwarten, wie hoch werden bzw. niedrig der Wasserdruck sinken muss, bis eine landesweite Regelung des Umgangs und der Versorgung mit Wasser erarbeitet und dann auch umgesetzt wird.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Komisch, dass und wie sie sich erschrecken lassen!

Während Präsident Colom öffentlich Gesten von symbolischem Fortschritt macht (z.B. Chávez zu seinem gewonnenen Referendum gratuliert oder eingesteht, dass in Guatemala Genozid verübt worden war, oder nach Kuba reist, um Fidel Castro den *Orden des Quetzal* zu überreichen, denselben, den unser Alfonso Bauer Paíz im letzten Oktober abgelehnt hatte), fließen die Gewässer unserer Realität in die Gegenrichtung. Die Straflosigkeit und Parteilichkeit unserer Justizbeamten sind gewichtiger als die Verfassung; die Streitkräfte machen sich zynisch über die Gesetze und internationalen Abkommen lustig ("...Ich wusste nicht, dass noch andere Militärpläne existierten...", "manchmal zerstört die Armee diese...", sagte der Verteidigungsminister, als er aufgefordert wurde, die Pläne Firmeza 82 und Operation Ixil auszuhändigen); die Oligarchie verlängert die Kampagne ihres Hauptmanns Pedro Alvarado und beutet die nationalen Ressourcen mit demselben Rassismus aus wie sie die lokalen Volksbefragungen ignoriert; der Kongress arbeitet für die transnationalen Korporationen und für die privaten Sicherheitsunternehmen, die ihr Geschäft mit der Angst der Leute machen, welche durch die Berichterstattung der Medien genährt wird; das Innenministerium ist und bleibt von Kriminellen infiltriert...

Zwischen den Perversionen des Staates, zwischen den ZynikerInnen und den TräumerInnen, versuchen die BürgerInnen wie einst Sancho Pancho bei Don Quichote, zusammengepfercht wie Sardinien von der Hand in den Mund zu leben. Sie essen Tortillas mit nichts drauf, kurieren sich mit dem, was sie mit den Münzen in ihren Portemonnaies bezahlen können, lernen irgendwelche Texte auswendig, die sie nicht verstehen, bloss um ihre Examen zu bestehen. Sie träumen davon, die Kriminellen loszuwerden, indem sie zur Selbstjustiz greifen, und öffnen die Hand für ein bisschen Geld von irgendeiner Nichtregierungsorganisation, vom Programm "meine Familie wächst", vom Nationalen Versöhnungsprogramm oder wer immer ihnen etwas anbietet, auch wenn sie dafür langweilige Workshops über sich ergehen lassen oder in der Sonne stundenlang Schlange stehen müssen.

Wenn irgendeine Organisation kommt und Weiterbildung in Men-

schenrechten oder BürgerInnenbeteiligung anbietet, wird sie als erstes und ziemlich direkt gefragt: Und was genau habt ihr uns zu bieten? Denn das soziale Leben, das uns aufgedrängt wird, lässt keinen Platz für Feinheiten im Denken oder Fühlen. Es geht ums Überleben, sowohl im nationalen, lokalen oder kommunalen Kontext, wo das Misstrauen, die Unsolidarität, der Betrug, die Korruption und die Gewalt regieren. Ethik ist ein Parfum, das immer seltener wird in unseren zwischenmenschlichen Beziehungen, und Justiz und Gesetz lassen sich in allen sozialen Sphären immer irgendwie mit Geld "regeln", sei es beim Obersten Gerichtshof oder in der Dorfschule.

Sicher, das aktuell am häufigsten gebrauchte Wort auf dieser Welt ist "Krise". Eine Krise mit konzentrischen Kreisen wie die Wellen eines Teiches, welche vom Planeten bis in mein Dorf oder in meine Strasse wirken. Eine globale Krise wie bisher keine in der Geschichte der Menschheit: Finanziell, ökonomisch, sozial, politisch, kulturell und ökologisch.

Wir haben Glück, in diesen Zeiten zu leben - und ich sage das ohne Ironie. Ich bin mit der Bedeutung, welche die MeinungsbildnerInnen dem Wort "Krise" geben, nicht einverstanden. Sie tun so, als wäre die Krise etwas, das von aussen kommt, mit dem wir nichts zu tun haben, sondern dessen passive Opfer wir geworden sind. Etwas, das auf uns niederfällt oder uns wie ein Meteorit trifft. Das Wort Krise kommt vom griechischen Verb *crinein*, was soviel bedeutet wie analysieren, unterscheiden. Es beschreibt mehr eine Herausforderung als ein externes Phänomen. Diese Krise bietet uns die Gelegenheit und das Privileg, dass wir uns in einem Moment befinden, in dem wir analysieren und unterscheiden können. Und natürlich entsprechende Entscheidungen treffen können. Diese Zeiten zwingen uns die Notwendigkeit auf, neue Kriterien (ebenfalls vom Wort *crinein* abgeleitet) für unsere Lebensweise auf diesem Planeten und in dieser Gesellschaft zu definieren und konsequent danach zu handeln.

Im Fall von Guatemala, auch wenn hier das Scheitern des Staates nie wirklich evident war, keimen die Alternativen erst zögerlich. Und sie werden nicht

spriessen, solange wir darauf warten, dass aus den Wolken ein Messias steigt. Die Alternative wächst einzig aus dem Humus, den wir alle bilden, die wir dem Schmerz und Gestank des Faulenden ausgeliefert sind. Denn eigentlich wissen wir schon längst, was über Bord geworfen werden müsste und wie die neuen Vorschläge aussehen müssten.

Alternativen kommen nicht einfach so daher, sie tauchen auf. Wir alle entwickeln sie, sobald wir, ohne zimperlich zu sein, alles wegwerfen, was in diesem kannibalischen Kapitalismus stinkt. Sie bestehen in neuen und möglicherweise verwirrenden Formen, als Mann oder Frau, als Maya oder Mestizin, als Junge oder Alter, als Städterin oder Bauer zu leben. Es bedingt ein Zusammenleben auf und mit unserem Planeten. Es braucht neue Formen des Handelns und des Konsumierens; neue Formen, die anderen, alle anderen, zu verstehen, nämlich als "Subjekt-genau-wie-ich". Es bedeutet, definitiv jegliches Dominanzverhalten abzulegen, angefangen bei sich selber; es heisst, verantwortungsvoll mit der Umwelt und dem sozialen Umfeld umzugehen; die Welt zu beschützen, sich in permanentem Wandel zu wissen, in einem unendlichen Prozess; es heisst, die anderen Lebenswesen so zu respektieren wie mich selber und zu akzeptieren, dass auch sie sich an einem bestimmten Punkt in ihrem Prozess befinden...

Weltweit gesehen findet die Implosion des gefräßigen, abenteuerlichen und bestialischen Kapitalismus, die wir gegenwärtigen, zu einem Zeitpunkt statt, wo andere Ereignisse symbolische Relevanz erhalten. Ich beziehe mich damit auf die Bewegung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, nach wie vor etwas unklar, aber hoffnungsvoll. Während die neoliberale Titanic untergeht, werden in der dunklen Nacht ein paar Leuchttürme erhellt: Venezuela, Ecuador, Bolivien... und das kleine grosse Kuba, trotz aller Erstickungsversuche durch das Embargo.

Übrigens: wie komisch, dass dieses kleine Land, das für niemanden eine ökonomische oder militärische Bedrohung darstellt, die Herren des Imperiums und ihre Höflinge der guatemalteckischen Oligarchie dermassen erschreckt.

Weshalb bloss?